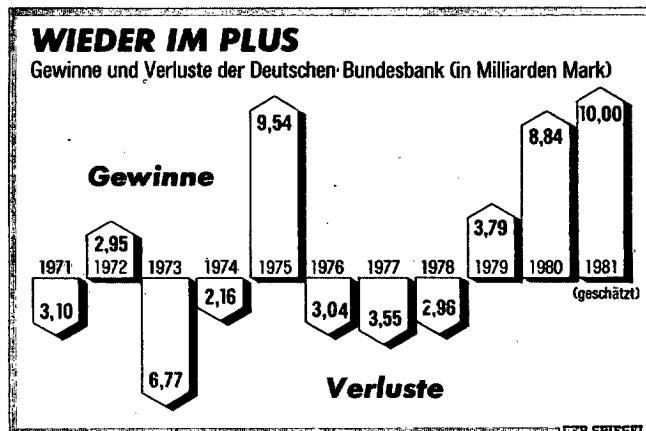


Berliner Veto gegen Kohlebenzin?

Die von den bundeseigenen Saarbergwerken und der BP-Tochter Gelsenberg geplante Anlage zur Kohleverflüssigung wird womöglich nicht gebaut. Das Bundeskartellamt in Berlin will das Gemeinschaftsprojekt nur billigen, wenn die beiden Konzerne mit der Behörde einen Vertrag schließen. Darin sollen BP und Saarbergwerke sich verpflichten, zum Verkauf des Kohlebensins eine neue Firma zu gründen – und daran mit einem Drittel mittelständische Firmen zu beteiligen. Die Wettbewerbs-hüter wollen auf diese Weise verhindern, daß an dem künftigen Geschäft mit Kohlebenzin nur die Konzerne verdienen. Weil BP-Chef Hellmuth Buddenberg sich weigert, den vorgelegten Vertrag zu unterschreiben, droht nunmehr ein Verbot des Kartellamts. Erst letzte Woche war auch das endgültige Aus für die ge-



Hohe Überschüsse dank schwacher Mark

An den Milliarden-Gewinnen, die ihr Institut derzeit erwirtschaftet, haben die Frankfurter Bundesbankiers keine rechte Freude. Denn die riesigen Noten-

bank-Überschüsse sind darauf zurückzuführen, daß eine internationale Hochzins-Phase mit einer Periode der Dollar-Stärke gegenüber der Mark zusam-

meinsam von der Ruhrkohle, Veba, Japan und den USA geplante Demonstrationsanlage zur Kohleverflüssigung gekommen. Der Grund: zu hohe Baukosten.

Gold für Öl



Gaddafi

Die Opec-Länder bewahren die Eigentümer von Gold vor dem Schlimmsten: Nur weil die Ölstaaten in den letzten Monaten eifrig Gold bunkerten, fiel der Preis für das gelbe Metall nicht noch tiefer. Die Aufkäufer aus den Opec-Staaten wurden nach Erkenntnissen der Dresdner Bank besonders aktiv, als der Goldpreis unter 500 Dollar pro Feinunze rutschte. Einer der eifrigsten Kunden der Goldhändler war Libyens Staatschef Muammar el-Gaddafi. Britische Zollstatistiken belegen, daß der

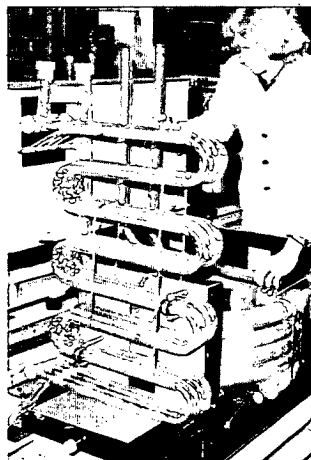
menfällt. Die hohen Zinsen bringen zwar reichen Ertrag bei Anlage der Währungsreserven; aber sie lähmen die deutsche Konjunktur. Der hohe Dollar-Kurs sorgt zwar dafür, daß der in Mark gerechnete Wert der in Dollar gehaltenen deutschen Währungsreserven nicht sinkt, aber er führt über verteuerte Wareneinfuhren zu einem Inflationsimport. Obendrein ist zu befürchten, daß die Notenbank-Gewinne, die nach Dotierung der Rücklagen voll an den Bund abzuführen sind, den Spar-Elan Bonns bremsen werden. Denn es ist bequemer, mit den Milliarden aus Frankfurt Haushaltslöcher zu stopfen, als den Schuldenstand des Bundes zu senken.

Nordafrikaner allein im Januar 13 Tonnen Gold aus London abholen ließ. Gold, das er in heimischen Tresoren aufbewahren kann, ist dem Libyer nach den Erfahrungen, die der Iran machen mußte, sicherer als ausländische Guthaben: Es kann, im Falle eines Falles, nicht beschlagnahmt werden.

Wärmepumpen sind wenig gefragt

Weil die Heizölpreise kaum zu stoppen sind, hatten die Hersteller von Wärmepumpen auf starke Nachfrage gesetzt. Rund 100 Produzenten drängten mit Anlagen auf den Markt, die durch Wärmeentzug aus dem Erdreich, dem Grundwasser oder aus der Luft Energie erzeugen und so die herkömmlichen Heizungen in den Eigenheimen ergänzen sollen. Doch die Spekulation mit der Energieeinsparung – AEG-Werbung: „zu zwei Dritteln kostenlos aus der Luft“ – ging nicht auf. Bei den Firmen türmen sich die teuren Geräte in den Lagern. Der Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie sucht deshalb Hilfe beim Fiskus. Obgleich der Einbau einer Wärmepumpe

von den Finanzministern bereits als energiesparende Maßnahme steuerlich gefördert wird, forderte der Verband Bonn jetzt auf, noch mehr „steuerliche Kaufanreize“ zu gewähren.



Wärmepumpen-Produktion

Siebenmal in der Woche...

Auf ihre eigene Weise sind die Österreicher auf dem Wege zum Protektionismus dabei. Während etwa Briten und Franzosen mit Werbeparolen wie „Buy british!“ und „Achetez français!“ an den Patriotismus der Käufer appellieren, verfielen die Österreicher auf eine andere Idee. Sie verkünden über den Rundfunk in Werbespots: „Wenn Sie täglich acht Schilling mehr für österreichische Waren ausgeben, das ist weniger als ein Trambahnbillett in Wien kostet, helfen Sie mit, das Zahlungsbilanzdefizit zu beseitigen. Denken Sie daran: Siebenmal in der Woche.“